

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsführer:
Erich Mühlhölzer, Berlin.
Verleger: Carl Stern 4126/4127



Redaktion für Druck und Gestaltung:
Zehn 2104, Zehn 2105, Zehn 2106
Verleger: Carl Stern

Die Zeitung wird in der Redaktion
an allen Tagen bis 10 Uhr abends
an den Abonnenten, auch auf Wunsch, geliefert.

Berlin, den 25. Febr. 1933.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Der Nordwolle-Skandal.

Kapitalismus und Korruption - Lahusen und Nazis.

SPD. Am Dienstag wird der ehemalige Generaldirektor der Nordwolle, Carl Lahusen, in Bremen vor seinen Richtern stehen. Die Aburteilung seines Bruders, des Generaldirektors Heinz Lahusen, soll später erfolgen, weil dieser wegen Erkrankung jetzt vor Gericht nicht erscheinen kann.

Diese Bremer Gerichtsverhandlung wird internationale Beachtung finden, da es kaum jemand in der Welt gibt, der nicht an der Lahusenpleite Verluste erlitt, sofern er mit Textilien und mit Wolle zu tun hatte. Aber die Verhandlung in Bremen ist auch von wirtschaftspolitischem und politischem Interesse. Der Zusammenbruch der Frankfurter Favag, des zweitgrössten Versicherungsunternehmens in Deutschland, der der deutschen Volkswirtschaft hunderte von Millionen kostete, läutete im Sommer 1929 die grosse Vertrauenskrise, die deutsche Wirtschaftskrise ein. Am Anfang der deutschen Wirtschaftskrise steht der Favagskandal. Aber am Anfang der masslosen Verschärfung dieser Wirtschaftskrise, der ungeheuerlichen Finanzkatastrophe von 1931, steht der Nordwolle-Skandal. Er hat der Hochkonjunktur von 1927 bis 1929 den Rest gegeben. Die Abziehungen ausländischer Kredite aus Deutschland, die zur grossen Bankenpleite und zu dem Bankenmoratorium führten, begannen mit dem Tag, als im Ausland bekannt wurde, dass es bei der Nordwolle und bei der Danabank, die die Gebrüder Lahusen in erster Linie finanzierte, stank.

Wie ist es zu der fürchterlichen Pleite in Bremen, von wo aus die Gebrüder Lahusen in einem prunkvollen Verwaltungsgebäude ihren Riesenkonzern mit rund 40 000 Arbeitern und Angestellten beherrschten, gekommen? Wie konnte dieser, um das Jahr 1800 herum gegründete Trust, der allein die Hälfte des deutschen Kammgarnexports durchführte, der grösste auf dem Kontinent und der grösste auch wohl in der ganzen Welt, so schmachvoll zusammenbrechen? Nach einer in Deutschland systematisch verbreiteten Lüge müsste der "Marxismus" schuld sein, die "Judenrepublik", die "Korruptionswirtschaft" der Sozialdemokraten und die Lohn- und Sozialpolitik der deutschen Gewerkschaften. Ueber diese Hirngespinnste einer demagogischen Agitation, die die primitivsten Wahrheiten auf den Kopf stellt, wird man sich in den nächsten Tagen vor dem Bremer Gericht nicht unterhalten. Man wird etwas ganz anderes zu hören bekommen. Carl Lahusen ist der Untreue und der Bilanzfälschung angeklagt. Aber diese Anklage klingt noch harmlos. Dahinter steckt viel mehr. Nach einem Gutachten, das auf Veranlassung des Konkursverwalters bei der Nordwolle von einem anerkannten Wirtschaftswissenschaftler fertiggestellt wurde, haben sich die Gebrüder Lahusen tolle Spekulationen zu schulden kommen lassen. Sie haben den Konzern um rund 17 Millionen Mark im Laufe von wenigen Jahren bestohlen und sich durch Diebstahl bereichert. Sie haben fast idiotische Fabrikaufkäufe und eine überspannte Konzernausweitung durchgeführt, mit kurzfristigen Krediten, deren Zinsen-

last sie erdrücken musste. Sie haben systematisch seit Jahren die Bilanzen gefälscht und Vermögen nach dem Ausland verschoben. Das ist das Schuldkonto der Lahusen. Das ist aber auch das Schuldkonto des deutschen Unternehmertums, zumal der Fall Lahusen kein Einzelfall ist. Wir könnten beliebig mit Beispielen aufwarten. Die ungeheuerlichen Verfehlungen des Privatkapitals erklären erst die Wirtschaftskrise. Mit Marxismus hat das nichts zu tun. Der Marxismus hat das, was bei der Nordwolle und anderswo geschehen ist, immer wieder bekämpft.

Wie bei der Favag und bei vielen anderen zusammengekrachten Unternehmen ersieht man jetzt, dass auch die Nordwolle seit Jahr und Tag auf Lug und Trug aufgebaut war. Wie hat der Privatkapitalismus, wie haben die Gebrüder Lahusen, deren Sympathieen immer den Rechtsradikalen und den Nationalsozialisten galten, in diesem von Natur aus gesunden Unternehmen gehaust und gewütet? Sie haben so gewütet, dass das Unternehmen, das nach der Inflation mit einem Kapital von 75 Millionen Mark und 22 Millionen Reserven ausgerüstet wurde, 1930 einen Verlust von rund 140 Millionen Mark hatte. Sicherlich, die Krise gab auch der Nordwolle den Rest. Mit der Krise kamen privatkapitalistische Sünden und persönliche Verfehlungen zum Vorschein. Die Krise enthüllte. Aber selbst als sie kam, wurde weiter toll darauf los gewirtschaftet. Im Jahre 1928 fiel der Wollpreis um fast 13 %. Bei der Nordwolle erhöhten sich trotzdem die Vorräte von 67 auf 80 Millionen Mark. Die Läger vergrösserten sich, anstatt sich zu verringern. Die Schulden stiegen von 95 Millionen Ende 1927 auf 122 Millionen Mark im Jahre 1928. Dazu kam eine beispielslose Bauwut. Allein das Verwaltungsgebäude in Bremen hat 10 bis 12 Millionen Mark verschlungen. Weitere 25 bis 30 Millionen Mark dürften die Gebrüder Lahusen in eine unbegreifliche Spekulation mit eigenen Aktien gesteckt haben. 1928 zahlte das Unternehmen auch noch aus einem angeblichen Reingewinn von 8 Millionen Mark eine Dividende von 8 %. Inzwischen aber ist erwiesen, dass die Nordwolle schon seit 1926 mit Millionenverlusten arbeitete. Fehlinvestitionen, Ueberspekulationen, unkaufmännische Methoden, Grossmannssucht und Grössenwahn haben zum Ruin geführt.

Die Schweinerei bei der Nordwolle wurde schliesslich aber erst dadurch möglich, dass die deutschen Grossbanken, die sich gegenüber dem kleinen Mann zugeknöpft verhielten und verhalten, der Nordwolle unbesehen jeden Kredit gaben. Es steht heute fest, dass z.B. die Dresdner Bank ihren Kredit an die Nordwolle von 12 auf 28 Millionen Mark steigerte, nur um ein weiteres Aufsichtsratsmitglied bei der Nordwolle zu erhalten. Die Tantieme eines Nordwolle Aufsichtsrats wurde also für 16 Millionen Mark gekauft. Wenn sich jemals die ungeheuren Fehler der Kreditpolitik in der privatkapitalistischen Wirtschaft offenbart haben, dann im Falle der Nordwolle. Insofern müsste man Bankdirektoren, die für die Kreditpolitik im Falle Nordwolle verantwortlich sind, mit den Lahusen vor die Richter stellen. Aber leider werden sie fehlen. Trotzdem steht in Bremen in der laufenden Woche das ganze kapitalistische System vor Gericht. Mit den Straftaten der Lahusen rollt sich die Unsinnigkeit und die Unzulänglichkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise auf. Denn das, was bei der Nordwolle passiert ist, ist nur im privatkapitalistischen System möglich. Es ist die ungeheuerste Korruption während der letzten 100 Jahre.

SPD. "Der Jungdeutsche", die Berliner Tageszeitung des nationalistischen Jungdeutschen Ordens, veröffentlicht in ihrer Sonnabendausgabe einen Aufruf an die SA, dem wir folgende Stellen entnehmen:

"Wir fragen dich, SA-Kamerad: Hast Du dafür jahrelang gekämpft, geopfert, geblutet, dass Dein Führer eine Regierung übernimmt, die nach der Meldung der hinter dieser Regierung stehenden "Deutschen Zeitung" von den Herren der Börse mit "vollstem Vertrauen" begrüsst wird?; dass Dein Führer eine Regierung übernimmt, in der die Männer alle Wirtschaftsministerien ausgeliefert erhielt-

ten, die nationalsozialistische Zeitungen vor kurzer Zeit noch als "Adelsklique gegen Volksregierung", "Nachwächter für die Papenreaktion", "vornehme leicht angedoofte Kavaliere" nannte? ("Der Angriff" vom 15. August, vom 3. und 6. September 1932) - dass Dein Führer eine Regierung übernimmt, die trotz der ernstesten Warnungen des nationalsozialistischen Abgeordneten Graf Reventlow noch nicht die geringsten Anstalten macht in dem grössten Skandal, den die Republik bisher erlebte, im Osthilfeskanal durchzugreifen, an dem einige wenige hohe Herren sich um Hunderttausende aus den Steuergroschen des Volkes bereicherten? - dass Dein Führer eine Regierung übernimmt, von der man nun wirklich das sagen kann, was vor wenigen Monaten noch eine Propagandaüber-treibung war: "Regierung der Hitlerbarone"? - Empfindest Du als deutscher So-zialist es als Ehre, dass Du und Dein Führer Adolf Hitler in der "Berliner Börsen-Zeitung" ausdrücklich die "Couleurfähigkeit" bescheinigt erhalten? Glaubst auch Du, dass zur Einheit der Nation nicht befreiende Taten notwendig sind, sondern dass es genügt, die Opposition, die sogenannten "Marxisten", von denen Hunderttausende mit Dir im Schützengraben gelegen und ihr Leben für die Nation eingesetzt haben, durch einen seit den Zeiten Metternichs in Deutschland beispiellosen Terror und Zwang mundtot zu machen?

Hältst Du die ersten wirtschaftlichen Taten der Regierung Deines Führers Adolf Hitler wirklich für sozial, durch die das Schmalz zwar verteuert, der Luxusautomobilindustrie aber Steuersenkungen angekündigt wurden? Hast Du wirk-lich in der grossen Programmerkklärung der Regierung Hitler nicht einen Wider-ruf der Kriegsschuld-lüge, nicht ein Wort gegen die Tribute, nicht eine Ableh-nung des Versailler Diktats, nicht die Forderung der Revision der Ostgrenzen erwartet? War Dein Begeisterungstaumel wirklich so gross, dass Du über die Phrase von der "nationalen Konzentration" die feierliche Erklärung des Reichs-kanzlers Hitler überhörtest, "für die Erhaltung und Festigung des Friedens" einzutreten, und "seine Verpflichtungen den anderen Nationen gegenüber gewis-senhaft zu erfüllen?" Der "Friede" ist der Friede von Versailles, die "Erfül-lung" ist die gleiche Politik, wegen der in Wahlreden die Regierungen der letzten 14 Jahre so viel angegriffen werden.

Es gibt kein Ausweichen vor diesen Fragen, Kamerad von der SA. Deine Verantwortung vor Deutschland muss Dir verbieten, Dich durch Phrasen, Hetze und Begeisterungsrausch über die Tatsachen hinwegtäuschen zu lassen. Es gibt kein Ausweichen vor diesen Fragen, mögen sie noch so unbequem sein. Es ist Deine deutsche Pflicht, darüber nachzudenken. Und das Nachdenken kann, Gott sei Dank, auch durch diese Regierung nicht "zum Schutze des Volkes" verboten werden. Gib Dir Antwort, Kamerad von der SA."

SPD. Siegburg, 25. Februar (Eig. Dr.)

In Siegburg hängt ein Aufruf der Nationalsozialisten aus, in dem zu Spenden für den Wahlfonds der NSDAP aufgefordert wird. Der Schlusssatz lautet: "Wer nichts gibt, bekennt sich als Marxist und hat keine Berechtigung auf eine Existenz."

Dieser terroristische Aufruf hat in der Bürgerschaft grosse Erregung ausgelöst, ohne dass die Polizeiverwaltung bisher dagegen eingeschritten wäre. Nach dem Erlass des Herrn Goering wird sie dazu kaum Neigung haben. Der Vorsitzende des Siegburger Nothilfekomitees, der katholische Ortspfarrer Freiherr von Welschpfennig, der in dem Nazi-Aufruf eine Schädigung der Samm-lung für die Nothilfe erblickt, hat dem Bürgermeister inzwischen seinen Rück-tritt angezeigt.

SPD. Stuttgart, 25. Februar (Eig. Dr.)

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Keil, Pflüger und Steinmayer haben im Württembergischen Landtag wegen der Differenzen, die gegenwärtig zwischen dem Reich und Süddeutschland bestehen, folgende Anfrage eingebracht:

"Dem Bericht eines Nachrichtenbüros zufolge hat der Herr Reichsminister des Innern in einer Wahlrede unter Berufung auf seine amtliche Eigenschaft von der Möglichkeit gesprochen, dass die Reichsregierung Massnahmen gegen die württembergische Landesregierung ergreifen könne. Aus Wahlreden des Herrn Staatspräsidenten Dr. Bolz und des Herrn Wirtschaftsministers Dr. Maier geht hervor, dass die Ausführungen des Reichsinnenministers zum Gegenstand von Verhandlungen zwischen der württembergischen Regierung und der Reichsregierung gemacht worden sind. Diese Verhandlungen sollen einen für das Land Württemberg sehr unbefriedigenden Verlauf genommen haben. Die württembergische Bevölkerung ist durch diese Nachrichten aufs höchste beunruhigt. Wir bitten daher das Staatsministerium um Auskunft über den Inhalt der Verhandlungen zwischen der Landes- und der Reichsregierung und um Mitteilung darüber, welche Haltung die Regierung gegenüber etwaigen Eingriffen des Reiches einzunehmen gedenkt. Wir ersuchen um baldmöglichste schriftliche Antwort."

SPD. Detmold, 25. Februar (Eig. Ber.)

Drei Wochen ist die nationalsozialistische Regierung im Freistaat Lippe jetzt im Amt. Von den grossen Versprechungen vor der Wahl: Steuersenkung, Kürzung der hohen Gehälter, Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützungen, Beseitigung der Bier- und Getränkesteuer, Abschaffung der Schlachtsteuer, ist nichts verwirklicht.

Die erste Tat im Dritten Reich von Lippe war, nach höherem Vorbild, die Ernennung eines Parteibuchbeamten. Ein nationalsozialistischer Bankbeamter der Landesbank wurde zum "Ersten Oberregierungsrat" und Stellvertreter des Landespräsidenten ernannt. Dieses Amt ist die höchste Beamtenstelle des Landes. Sie entspricht in der Bedeutung etwa der eines Staatssekretärs in Preussen. Bisher wurde diese Stelle von einem der Abteilungsleiter der Regierung versehen. Unter der früheren Regierung war sie zuletzt überhaupt nicht mehr besetzt. In der gesamten lippischen Presse - mit Ausnahme der nationalsozialistischen - wurde die Ernennung eines Parteibuchbeamten mit aller Schärfe abgelehnt und im Landtag klar und unzweideutig, selbst von den Deutschnationalen verurteilt.

Die zweite Tat im dritten Reich von Lippe war ein einseitiges Demonstrationsverbot gegen die Kommunisten; die dritte, eine Verwarnung der volksparteilichen "Lippischen Landeszeitung" und zugleich eine Verbotsandrohung. Die Ursache zu dieser Drohung war eine Notiz, in der mitgeteilt war, dass die nationalsozialistische Oldenburger Regierung die öffentlichen Sparkassen zu Filialen der Landessparkasse gemacht habe und ein ähnlicher Schritt auch in Lippe zu erwarten sei. In der Verbreitung dieser "Nachricht", die als unrichtig bezeichnet wird, soweit sie sich auf die Absichten der lippischen Regierung bezieht, sah die Landesregierung eine "Gefährdung lebenswichtiger Interessen des Staates". Deshalb die Verwarnung. Nun fordert das Programm der Nazis die Verstaatlichung der Geldinstitute. Die Mitteilung, dass dieser Programmpunkt verwirklicht werden könnte, wird aber als Gefährdung lebenswichtiger Staatsinteressen angesehen. Im Landtag gab es darüber eine recht lebhafte Debatte. Mit allen gegen die Stimmen der Nationalsozialisten wurde die Zurücknahme der Verwarnung des volksparteilichen Blattes und eine Handhabung der Pressenotverordnung gefordert, die die Freiheit der Presse in der sachlichen Vertretung der öffentlichen Meinung gewährleistet.

Der gesamte Landtag von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen

fand sich noch in einem andern Fall gegen die Regierung zusammen. Die Landesregierung hatte die Polizeibehörden in einem Erlass aufgefordert, auch auf Strassen und Plätzen darauf zu achten, dass keine beleidigenden Ausserungen gegen den Reichspräsidenten und den Reichskanzler fallen. Zugleich wurden sämtliche Landesbewohner aufgefordert, jeden unverzüglich festzunehmen und der Polizei zu übergeben, der Hindenburg oder Hitler beleidige. Die lippi-sche Presse bezeichnete diese Anweisung als "Maulkorberlass" und legte schärfsten Protest dagegen ein. Im Landtag wurde darauf hingewiesen, dass mit diesem Erlass dem Spitzel- und Danziantentum Tür und Tor geöffnet werde. Die Mehrheit des Landtages forderte die Regierung auf, diesen unerträglichen Erlass zurückzuziehen. Die Regierung geriet mit diesem Beschluss zum zweitenmal in die Minderheit. Sie blieb mit ihren neun Naziabgeordneten allein gegenüber zwölf der übrigen Parteien.

Im alten Landtag hatte die Nazi-partei beantragt, dass Gehälter über 7 000 Mark nicht mehr ausbezahlt werden sollen. Ihr Vertreter stimmte damals für einen sozialdemokratischen Antrag, der eine gestaffelte Gehaltskürzung vorsah, wodurch die höheren Gehälter stärker bei der Kürzung herangezogen würden. Die Sozialdemokratie brachte diesen Antrag auch in dem neuen Landtag ein. Er wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen und Nazis abgelehnt. Die Kürzung der hohen Gehälter hat in der hiesigen Naziagitation immer eine grosse Rolle gespielt. Nach der Wahl stellen sich die gleichen Agitatoren schützend vor die hohen Gehälter. Das hat im Lande grosse Erbitterung ausgelöst, zumal beantragt war, die durch die Kürzung zu erzielende Ersparnis - rund 100 000 Mark - zu einer einmaligen Anschaffungsbeihilfe für wohlfahrtsunterstützte Erwerbslose zu verwenden.

Alles versprochen und nichts gehalten ist auch in Lippe das Zeichen der Nazi-herrschaft.

SPD. Flensburg, 25. Februar (Eig. Dr.)

Am Sonnabend nachmittag erschoss ein Nationalsozialist den Jungbannermann Fehr aus Kiel, der zu einem Arbeitslager gehörte, das in der Volkshochschule Harrisleefeld untergebracht ist.

Der junge Reichsbannermann war auf dem Wege nach Flensburg. Unterwegs begegnete er mehreren Reichsbannerkameraden, die er mit dem Rufe "Freiheit!" begrüßte. Im gleichen Augenblick fuhr ein von den Reichsbannerleuten nicht beobachteter Nationalsozialist auf einem Fahrrad heran, sprang ab und rief: "Was wollt Ihr von mir?" Dann schoss er auf Fehr, der durch eine Kugel in den Hals tödlich getroffen zu Boden sank. Der Mörder ist verhaftet.

In Anbetracht der Erregung über diese feige Mordtat hat der Polizeipräsident eine für Sonnabend-Abend von der Eisernen Front einberufene öffentliche Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Tarnow sprechen sollte, verboten. Die Sozialdemokratische Partei hat daraufhin zu einer Mitgliederversammlung eingeladen.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat am Sonnabend einen für Sonntag geplanten Propagandamarsch des Reichsbanners "aus sicherheitspolizeilichen Gründen" verboten. Mit der gleichen Begründung wurde in Hirschberg (Riesengebirge) eine ebenfalls für Sonntag geplante Kundgebung der Eisernen Front untersagt.

SPD. Die sozialdemokratische "Volkswacht" in Luckenwalde wurde innerhalb 10 Tagen zum zweitenmal verboten.

Was hat das Blatt verbrochen? Nicht mehr und nicht weniger, als den kommentarlosen Abdruck eines während des letzten Wahlkampfes verbreiteten Nationalsozialistischen Flugblattes gegen Hugenberg, Papen und die Deutschnationale Partei! Die Hitlerregierung verbietet damit zu wiederholen und ins Gedächtnis zu rufen, was sie erst vor drei Monaten als höchste Wahrheit tausendmal schriftlich verkündet und millionenfach verbreitet hat. Mit der Pressefreiheit ist damit auch der letzte Rest der Wahlfreiheit dahin. Wenn aber heute schon die Hitlerwähler nicht mehr wissen dürfen, was ihre Führer gesagt und verheissen haben, wie lang müssen erst die Gesichter der Nazianhänger nach der Wahl werden?

+ + +
In Schlesien wurden verboten: je drei Tage die sozialdemokratischen Blätter: "Volkszeitung"-Liegnitz und "Oberschlesisches Volksblatt"-Gleiwitz; ferner auf je drei Monate: die kommunistischen Zeitschriften "Der Rote Ruf" und "Der Rote Funke" in Hirschberg und Glogau.

+ + +
Das Reichsgericht hat das vom 16. bis 23. Februar dauernde Verbot des Berliner "Tempo" als unzulässig aufgehoben. Die Kosten des Rechtsverfahrens hat der preussische Staat zu tragen.

SPD. Breslau, 25. Februar (Eig. Dr.)

Das von der reaktionären Presse sensationell aufgemachte Hochverratsverfahren gegen die Teilnehmer des freigewerkschaftlichen Bildungslehrgangs in Kaltenbrunn ist kläglich zusammengebrochen. Die am Mittwoch festgenommenen Kursusteilnehmer wurden am Sonnabend aus der Haft entlassen. Die beschlagnahmten Schriftstücke des Kursusleiters Dr. Stammer wurden von den Schweidnitzer Gerichtsbehörden vorläufig zurückgehalten. Das Verfahren gegen die freigelassenen Gewerkschaftler und Sozialdemokraten soll noch eine formal-juristische Fortsetzung finden. Es steht jedoch schon heute ausser Zweifel, dass auch diese Aktion wie ein Schlag ins Wasser enden wird.

Die Begründung der Haftanordnung gibt interessanten Aufschluss über die Hintergründe der Kaltenbrunner Affäre. Es heisst darin, es seien Anhaltspunkte für die Annahme vorhanden gewesen, dass in dem Lehrgang wie auch in anderen Gewerkschaftskursen an anderen Orten Stosstrupps für militärische Bewegungen im Lande ausgebildet würden. Es bestehe bei den Veranstaltern solcher Kurse die Absicht, diese Stosstrupps im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen am 5. März zu gewaltsamen Angriffen gegen die bestehende Regierung einzusetzen. Dem Kursusleiter Dr. Stammer wird vorgeworfen, in dem Kaltenbrunner Kursus theoretisch-militärischen Unterricht anhand von Generalstabskarten erteilt zu haben, Ausserdem soll er zur Veranschaulichung seiner Ausführungen strategische Pläne an die Wandtafel gezeichnet haben. Alle diese Vorwürfe sind sinnlos. Sie fussen vermutlich auf verlogenen Angaben eines Denunzianten. Dr. Stammer behandelte im Augenblick der Verhaftung ein wirtschafts-wissenschaftliches Thema.

Die Festnahme der sozialdemokratischen Kursusteilnehmer erfolgte in der Art, wie man bis an die Zähne bewaffnete Schwerverbrecher aushebt. Die Beamten stellten sich in grosser Zahl mit entscherten Schusswaffen um das Haus auf und drangen mit erhobenen Revolvern und unter dem Ruf "Hände hoch. Es wird geschossen!" in den Kursus ein. Nach 1½ stündigem Warten wurden die Festgenommenen trotz schärfster Kälte auf offenen Lastkraftwagen nach Schweidnitz geschafft.

SPD. Der kriegsblinde hessische Landtagsabgeordnete Dr. Konrad Gumbel wendet sich in einem offenen Brief gegen den Aufruf der Hitlerregierung und die darin aufgewärmte Dolchstosslegende. Mit Entrüstung wird in dem Aufruf die Behauptung zurückgewiesen, als hätten im November 1918 die Frontkämpfer ihre Waffen und das deutsche Volk seine Ehre weggeworfen. Zum Schlusse seiner erschütternden Darstellung sagt Gumbel der Reichsregierung:

"Darüber bin ich mit der Übergrossen Mehrheit des Volkes einig, dass niemand das Recht hat, den Kämpfern des Weltkrieges Pflichtvergessenheit vorzuwerfen, auch nicht in versteckter Form. Besonders spreche ich dem Mitunterzeichner Ihres Aufrufs, Herrn Minister Frick, dieses Recht ab, da er die Front bekanntlich nicht gesehen hat. Zu diesem Protest fühle ich mich umso mehr berechtigt, als ich von 1914 bis 14 Tage vor dem Waffenstillstand mit zweiwöchiger Urlaubsunterbrechung der Front als Sozialdemokrat und Kriegsfreiwilliger angehörte, also bis zu dem Tage, an welchem ich, von einer Granate getroffen, dem Vaterland mein Augenlicht opferte."

Gumbel war von Beruf Metallarbeiter. Seine Kriegserblindung zwang ihn zum Studium, das ihn zum Abitur und zum Doktorgrad führte.

SPD. Rom, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Vertrag über den neuen Staatenblock der Kleinen Entente enthält nach dem halboffiziösen "Geornale d'Italia" u.a. die Vereinbarung, dass Ungarn von den Truppen Südslawiens, Rumäniens und der Tschechoslowakei auch dann besetzt werden soll, wenn es bei einem Angriff Sowjetrusslands auf Rumänien neutral bleiben sollte. Im Falle des Angriffs eines anderen Staates sollen südslawische und tschechische Truppen in Stärken von sieben Divisionen an den Grenzen Ungarns Aufstellung nehmen.

SPD. Breslau, 25. Februar (Eig. Dr.)

In Neisse überfielen SA-Leute am Ring den Reichsbannermann Georg Arbeiter und töteten ihn durch einen Schuss in die Schläfe. Als Kameraden des Reichsbannermannes die nationalsozialistischen Mörder festhalten wollten, erhielt einer von ihnen einen tiefen Messerstich in die Brust. Später hielten die gleichen Nationalsozialisten noch mehrere Bürger auf dem Ring an und durchsuchten sie nach Waffen.

In Breslau wurde am Sonnabend-Nachmittag ein 17jähriger Jungbannermann von mehreren nationalsozialistischen Burschen verfolgt, niedergeschlagen und durch Messerstiche schwer verletzt. Der verhaftete Messerheld ist der Polizei als einer der übelsten Nazirodys bekannt.

SPD. Schwerin, 25. Februar (Eig. Dr.)

Von dem Blutterror der SA in Mecklenburg zeugt nachfolgendes Telegramm, das der Bezirksvorstand des SPD und das Reichsbanner Schwerin an den Reichspräsidenten gesandt haben:

"Sonntag masste sich SA in Doberan Amt Rostock Polizeigewalt an und forderte vom Bürgermeister Auflösung des polizeilich genehmigten Umzuges der Eisernen Front. Als der Bürgermeister die Auflösung ablehnte, erklärte nach dem Bericht der nationalsozialistischen Zeitung die SA, dass sie selbst den Zug auflösen würde. Die SA unternahm dann zwei Feuerüberfälle mit Pistolen auf den polizeilich erlaubten Zug. Einen Toten und 11 durch Schüsse Verletzte hatte das Reichsbanner. Donnerstag abend wurde in Rostock das Gewerk-

schaftshaus "Philharmonie" von SA überfallen, die dort schlimmer als in Feindesland hausten. Freitag abend wurden in Rostock eine Anzahl von sozialdemokratischen Funktionären von SA überfallen. U.a. wurde der örtliche Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes durch einen Schuss schwer verletzt. Polizei offenbar machtlos. Wir ersuchen dringend um ausreichenden Schutz der republikanischen Bevölkerung.

SPD. Das Stuttgarter kommunistische Blatt ist wegen "böswilliger Verächtlichmachung" der Reichsregierung auf vier Tage verboten worden.

Das Stuttgarter Nazi-Blatt hatte dieser Tage eine Rede des württembergischen Staatspräsidenten als "Seichbeuteleien" bezeichnet. Von einem Verbot des Nazi-Blattes hat man trotz dieser Verächtlichmachung bisher nichts gehört.

+ + +

Auf Ersuchen des Reichsinnenministeriums hat das württembergische Ministerium des Innern das in Korntal als Wochenblatt erscheinende Reichsorgan des Christlichen Volksdienstes "Christlicher Volksdienst" auf die Dauer von drei Wochen verboten.

+ + +

Am Sonnabend mittag erschienen im Berliner Gaubüro des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold drei Kriminalbeamte, die die vorhandenen Exemplare der Nr. 8 der Bundeszeitung "Das Reichsbanner" beschlagnahmen. Insgesamt wurden 800 Exemplare von der Polizei mitgenommen. Was die Berliner Polizei zu diesem Vorgehen veranlasst hat, ist unbekannt und konnte auch von den Beamten nicht mitgeteilt werden.

SPD. Der in Berlin begonnene und von 1500 Delegierten besuchte Kongress "Das freie Wort" war von der Polizei während der Verhandlungen aufgelöst worden; Eine bereits vorgelegte Entschliessung wurde nachträglich von sämtlichen beteiligten Organisationen schriftlich genehmigt. Sie lautet:

"Das Recht der freien Meinungsäusserung in Wort und Schrift ist in der Weimarer Verfassung festgestellt. Durch die Notverordnung vom 4. Februar 1933 und die Art ihrer Anwendung ist sein letzter Rest beseitigt. Schon ist die Freiheit der Wissenschaft und Kunst, die Unabhängigkeit der Akademien und Kunstschulen angetastet. Der Rundfunk ist zum Werkzeug einseitiger Parteipolitik geworden. Ohne die Freiheit geistigen Kampfes erlischt die politische Kraft unseres Volkes im innern und nach aussen. Der Kongress fordert freies Wort im freien Land!"

Zu den Unterzeichnern gehören u.a.: "Sozialdemokratische Partei Deutschlands", das "Reichsbanner", "Deutsche Staatspartei", "Liga für Menschenrechte" Gewerkschaftsverbände, Katholische Organisationen, kulturelle Verbände usw. usw.

SPD. Braunschweig, 25. Febr. (Eig. Dr.)
Auf Anordnung des Nazi-Ministers Klagges sind der Friedrich Ebert-Platz wieder in Friedrich Wilhelm-Platz, die Rathenau-Strasse in Friedrich-Wilhelm-Strasse, die Friedensbrücke in Kaiser-Wilhelm-Brücke, die Friedensallee in Kaiser Wilhelm-Strasse, die Bebelstrasse in Husarenstrasse und der Lessingplatz in Siegesplatz umbenannt worden. Die neuen Namen sind die Namen der alten Zeit.

aus aller Welt

Panoptikum der Zeit.

Konjunktur für Spediteure.

SPD. Im Weissen Haus in Washington rief eine Speditionsfirma an, verlangte den Sekretär Hoovers zu sprechen und fragte ihn, ob er nicht eine Liste aller Republikaner in politisch wichtigen Stellungen zu liefern vermöge, die am 4. März, zum Amtsantritt des neuen Präsidenten, umziehen müssten - "aus Gründen, die ausserhalb ihrer Kontrolle liegen". Der Sekretär erwiderte, die Speditionsfirma solle sich lieber an - Roosevelt wenden, der könne sicher genauen Bescheid geben.

Die Berechnung hat gestimmt.

Zu drei Jahren Zuchthaus wurde der Gemeindepfleger von Onstmettingen in Württemberg verurteilt, nachdem er gestanden hatte, selbst das Feuer in das Onstmettinger Rathaus gelegt zu haben, das im vergangenen Herbst abgebrannt war. Als Grund führte der Gemeindepfleger an, er habe sich so lange über seine Amtstätigkeit ärgern müssen, bis der Plan zur Tat in ihm reifte, das Rathaus anzuzünden und damit "den ganzen Kram loszuwerden". Als Termin der Brandstiftung wählte er den Tag, an dem die dortige Feuerwehr ihre Jahreshauptübung abhielt, weil er damit rechnete, dass am Abend dieses Tages alle Feuerwehrleute betrunken und zum Löschen zu müde sein würden. Diese Berechnung hat gestimmt.....

Schminken verboten!

Die Sonntagsheiligung in London treibt seltsame Blüten. Jetzt hat das Leicestertheater zwar die Genehmigung erhalten, Sonntags zu spielen und ein Orchester sowie Kabarettisten mitwirken zu lassen - aber die Schauspieler dürfen nicht in Maske, sondern nur im Gesellschaftsanzug auftreten, und sie dürfen sich nicht schminken. Seufzend brachten die Schauspieler der englischen Bigotterie das Opfer, sich zur Einhaltung dieser Vorschrift zu verpflichten. Aber die Schauspielerinnen? Wo beginnt bei ihnen die "Bühnenschminke", wo hört die Alltagsschminke auf? Die überwachenden Polizisten werden ihre Sorgen haben.

Sparsamkeit...

Die badische Gesandtschaft in Berlin soll aus Sparsamkeitsgründen verschwinden. Dabei ändert sich nicht viel, aus der Gesandtschaft wird eine Vertretung beim Reich. Aber jetzt muss plötzlich die - Hauszinssteuer bezahlt werden, die bisher nicht erhoben wurde, weil das Gesandtschaftsgebäude "extritorial" war.

Das hat uns noch gefehlt.

Jetzt soll das Kamel in Europa eingeführt werden - das asiatische, zweihöckerige, um allen Missverständnissen vorzubeugen. In Dänemark wurde dieser Vorschlag gemacht. Man habe in Kanada günstige Erfahrungen mit der Verpflanzung dieses Tieres in nördliches Klima gemacht; es sei ausdauernder als das Pferd und brauche weniger zu fressen.

Mackie Messer 1933.

Schweizer Zeitungen klagen darüber, dass die nordschweizerischen Orte seit einiger Zeit von Bettlern aus Deutschland überflutet werden. Es sind zum grossen Teil Arbeitslose, die von bitterster Not über die Grenze getrieben werden. Sie haben sich zur Ausübung ihres schweren Gewerbes regelrecht organisiert; in Grenzwirtschaften sind "Bettlerbörsen" eingerichtet worden, wo

Adressenlisten gehandelt und Tips gegeben werden. Sogar ein Autobusbetrieb wurde eigens für Bettler aufgenommen: der Sohn eines Grenzwirts fährt seine "Kunden" regelmässig mit dem Lieferauto nach Zürich.

Wahlschlacht im Kohlenschacht.

In den Bunkeranlagen der stillgelegten Niederschelde=Hütte etablierten Dutzende von Kindern nach dem Vorbild der Grossen "nationale Organisationen" in Form von Soldatenvereinen, die sich erbitterte Schlachten lieferten. Der "Soldatenklub Adolf" kämpfte mit Luftbüchsen, Steinen und Holzsäbeln gegen den "Augusta=Klub". Als Erwachsene hinzukamen, waren zehn Kinder bereits erheblich verletzt und mussten in ärztliche Behandlung gebracht werden.

Die Zeitung auf dem Grammophon.

In London erscheint seit kurzem eine "Hörzeitung", die hauptsächlich für Blinde gedacht ist und täglich in Form von drei bis vier doppelseitigen Schallplatten erscheint, auf denen alle Tagesereignisse festgehalten sind. Diese Ergänzung zu den Rundfunknachrichten ist allerdings nicht so billig wie eine gewöhnliche Tageszeitung.

Der Amtsschimmel.

Ein junger Mann in Leverkusen, der seine Stelle als Technikerlehrling infolge der Krise verloren hatte, erbot sich, ohne Entgelt weiter zu arbeiten. Das wurde ihm bewilligt; aber die Arbeitslosenunterstützung wurde ihm vorenthalten, da er ja nun weiter Arbeit habe. Um nicht verhungern zu müssen, gab er seine Stelle auf.

Zeitgemäss.

In Dresden soll ein Kino gebaut werden, das einen unterirdischen Parkplatz erhalten soll, der zugleich als - Gasschutzraum benützt werden kann...

Fla.

+ + +

Brolat=Urteil. Das Schwurgericht Berlin verurteilte den früheren BVG= Direktor Brolat wegen Meineides unter Beachtung des Milderungsparagraphen 157 zu einem Jahr Gefängnis anstelle einer an sich verwirkten Strafe von 8 Monaten Zuchthaus, ausserdem zu 2 Jahren Ehrverlust. 1 Monat Untersuchungs= haft wird angerechnet.

Das Gericht hält Brolat in drei Fällen im Sinne der Anklage des Meineides für überführt. Das Gericht ist der Meinung, dass das von Oberregierungsrat Tapolski angefertigte Untersuchungsprotokoll, mit dem sich der Angeklagte Brolat bei Beginn der Sklarekaffäre über seine Beziehungen zu den Sklareks äusserte, richtig ist; das Gericht ist weiterhin der Ueberzeugung, dass Oberregierungsrat Tapolski den Angeklagten über die Bedeutung des Eides, mit dem er die Wahrheit seiner Aussagen beschwor, im gebotenen Umfang belehrt hat.

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt: Der Angeklagte hat beschworen, seit Dezember 1928 seine Anzüge unmittelbar bei der Firma Keller & Furch gekauft zu haben. Das Gericht ist aber der Meinung, dass der Angeklagte vier verschiedene Rechnungen, von denen die erste das Datum des 14. Dezember trug, anfertigen liess, um das Odium des Kleiderbezugs auf Veranlassung der Sklareks abzuschwächen. Der Angeklagte musste sich auch darüber klar sein, dass die Firma Sklarek nicht an einem Anzug 100 Mark und mehr aus reiner Menschenfreundlichkeit zugesetzt hatte. Der Angeklagte musste diese Bedenken haben und er hätte sie auch Tapolski gegenüber vorbringen müssen. Statt dessen hat er die Tapolski=Formulierung, dass er seit Dezember 1928 unmittelbar bei Keller & Furch bezogen habe, in dieser Ungenauigkeit zugelassen.

Weiter heisst es in der Urteilsbegründung: Der Angeklagte führte aus, dass er im allgemeinen von den Sklareks Geschenke weder erhalten, noch dass er ihnen welche gemacht habe. Der Angeklagte hat aber von den Sklareks 12 Hemden geschenkt bekommen und hat darüber geschwiegen. Der Angeklagte wendet ein, dass er die Hemden nicht erwähnt habe, weil er sie ja bezahlt hätte. Er hat

sie aber nur deshalb bezahlt, weil sich später herausstellte, dass der Schenker sie noch nicht bezahlt hatte. Es sollten jedenfalls Geschenke sein; der Angeklagte hat sie weder gekauft noch bestellt. Schliesslich ist auch die Protokoll-Behauptung des Angeklagten "die Direktoren der Stadtbank kenne ich nur dienstlich und auch nur flüchtig" unrichtig. Als der Angeklagte diese Aussage machte, musste ihm noch das ihm gegenüber an den Tag gelegte unwürdige Verhalten des Stadtbankdirektor Hoffmann bei Aufdeckung des Sklarek-Skandals in frischer Erinnerung sein.

Das Gericht ist also in allen drei Punkten zu der Feststellung gelangt, dass der Angeklagte wissentlich etwas Falsches gesagt und mit seinem Eide bekräftigt hat, fasst aber die Tat des Angeklagten als einheitliches Ganzes auf. Der strafmildernde § 157 des Strafgesetzbuches, der eine Strafermässigung um ein Viertel bis zur Hälfte zulässt, wird ihm zugebilligt, weil bei der protokollarischen Vernehmung die Angabe der Wahrheit in einzelnen Punkten zu mindest zur strafrechtlichen Verfolgung hätte führen können.

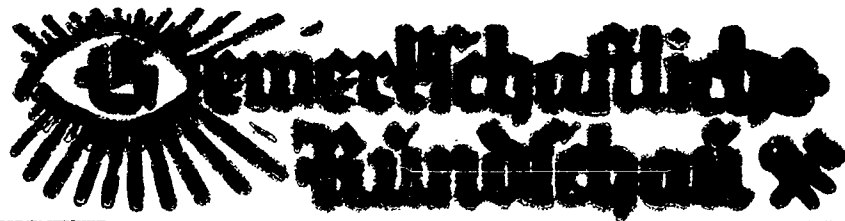
+ + +
Gas-Drama. In einem Dorf in der Nähe von Ploesti (Rumänien) ist eine fünfköpfige Bauernfamilie während des Schlafs durch Brandgase erstickt.

+ + +
Die Brüder Sass. Die Gebrüder Sass wurden am Sonnabend im Zusammenhang mit dem vor Jahren verübten, aber noch immer unaufgeklärten grossen Einbruch bei der Disconto-Gesellschaft am Wittenbergplatz von Berliner Kriminalbeamten vernommen. In den letzten Tagen meldete sich bei der Berliner Kriminalpolizei ein Juwelier aus Leipzig, der erklärte, dass die nach dem Disconto-Einbruch im Nachttisch von Franz Sass vorgefundene Schlippsnadel und Uhr aus seinem Besitz stammen. Der Juwelier behauptete, dass Uhr und Nadel im Tresor der Disconto-Gesellschaft verwahrt gewesen seien. Wenn sich nun auch bei der Vernehmung der Gebrüder Sass gewisse belastende Momente gegen Franz Sass ergaben, so konnte doch keine Klarheit über die Herkunft der Schmucksachen geschaffen werden, so dass die Brüder nach Abschluss ihrer Vernehmung wieder entlassen werden mussten.

+ + +
Scheers Geständnis. Der in Dortmund verhaftete Frauenmörder Scheer, der der Teilnahme an der Ermordung der Witwe Schur, der Kontoristin Emma Schneider und des Holzgrosshändlers Narowski beschuldigt wird, hat eingestanden, gemeinsam mit seinen Komplizen Schulte und Pieper sechs weitere Raubmorde an Frauen in allen Einzelheiten vorbereitet zu haben. Die Verbrechen seien jedoch an unvorhergesehenen Zwischenfällen gescheitert. Scheers Geständnis wurde durch die Aussage der nur zufällig am Leben gebliebenen Frauen bestätigt. Der zuletzt verhaftete Schulte hat im übrigen noch kein Geständnis abgelegt. Er behauptet, von Scheer und Pieper aus Rache belastet worden zu sein.

+ + +
Gegen Max Sklarek! Wahrscheinlich wird das Berliner Gericht demnächst gegen Max Sklarek, den dritten der zu Zuchthaus verurteilten Brüder Leo und Willi Sklarek, verhandeln. Zwei von der Staatsanwaltschaft beauftragte Aerzte haben Max Sklarek, der an dem Hauptprozess wegen schwerer Krankheit nicht teilnahm, untersucht und für beschränkt verhandlungsfähig erklärt.

In diesen Tagen ist die schriftliche Ausfertigung des am 28. Juni vergangenen Jahres verkündeten Sklarek-Urteils beendet und den Verurteilten zugestellt worden. Urteil und Begründung umfassen 1200 Seiten.



Eine untergehende Industrie?

SPD. Die Zahlungseinstellung der weltbekannten Pianofortefabrik Bechstein in Berlin hat die öffentliche Aufmerksamkeit erneut auf die Lage der deutschen Klavierindustrie gelenkt. So trostlos wie in der Klavierindustrie sieht es kaum in einer anderen Gewerbegruppe von gleicher Grösse aus.

Im Sommer 1925 erfasste die Grossbetriebsstatistik des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes 63 Klavierfabriken mit zusammen 14 200 Arbeitern. Daneben gab es noch etwa 100 Klein- und Mittelbetriebe mit insgesamt 3 000 Beschäftigten. Heute sind in der ganzen Klavierindustrie höchstens noch 2500 Arbeiter beschäftigt gegen reichlich 17 000 vor acht Jahren. Von den 63 Grossbetrieben, die 1925 je über 100 Arbeiter beschäftigten, ist nicht ein einziger mehr übriggeblieben; einige dieser Betriebe sind im Laufe der Jahre ganz geschlossen worden, die übrigen sind froh, wenn sie noch einige wenige Arbeiter beschäftigen können.

Wie schlimm die Verhältnisse liegen, soll an ein paar Beispielen gezeigt werden. Die Firma Hupfeld - Gebr. Zimmermann (Leipzig) unterhielt 1925 sieben Produktionsstätten mit zusammen 2500 Personen, heute sind noch zwei Betriebe im Gang, in denen ganze 75 Arbeiter beschäftigt sind. In der gleichen Zeit sank die Beschäftigtenzahl bei den Firmen Bechstein (Berlin) von 800 auf 40, Grottrian (Braunschweig) von 600 auf 50, Seiler (Liegnitz) von 450 auf 70, Blüthner (Leipzig) von 400 auf 30, Schiedmayer Söhne (Stuttgart) von 220 auf 50. So sieht es heute in der deutschen Klavierindustrie aus.

Im Jahre 1913 wurden etwa 174 000 Klaviere hergestellt. 1925 werden es vielleicht 137 000 gewesen sein, und 1932 noch ungefähr 15 000.

Und die Ursachen? In einer Zeit, wo die breiten Massen sich nicht sattessen können und selbst grosse Schichten des Mittelstandes um die nackte Existenz kämpfen, ist die Anschaffung eines Klaviers natürlich mit das letzte, an das man denken kann. Dazu kommt der Geschmackswandel auf dem Gebiete musikalischer Kultur. In vielen Familien, in denen früher der Besitz eines Klaviers zum guten Ton gehörte, hat das mechanische Musikinstrument seinen Einzug gehalten. So ist es in Deutschland und in der ganzen Welt.

In der Vorkriegszeit und in den ersten Nachkriegsjahren ging ein grosser Teil, zeitweise mehr als die Hälfte der Produktion ins Ausland. Damals hatte das deutsche Klavier in der ganzen Welt einen guten Ruf, kein anderes Land stellte auch nur annähernd so hochwertige Instrumente her wie Deutschland. Auch heute noch ist das deutsche Klavier das weitaus beste der Welt, auf dem Wege in die einzelnen Länder findet es heute aber hohe, verschiedentlich unübersteigbare Zollschraken. Früher war England unser bester Klavierkunde; 1913 führten wir nach dort 21 690 Stück aus. Auch in den ersten Nachkriegsjahren war die Ausfuhr nach England ziemlich gross, bis es 1925 für Musikinstrumente einen Wertzoll von 33 1/3 Prozent einfuhrte. Die Folge davon war ein katastrophaler Ausfuhrückgang nach England; im Jahre 1932 konnten wir nach dort noch ganze 126 Klaviere ausführen. In einigen Ländern ist der Einfuhrzoll nicht ganz so hoch, in vielen anderen aber noch wesentlich höher. Am schlimmsten liegen in dieser Hinsicht die Dinge in Russland, das seine

Grenzen für deutsche Klaviere grundsätzlich gesperrt hat. Das ist für die deutsche Klavierindustrie ein schwerer Schlag. Seit vielen Jahren geht kein deutsches Klavier mehr nach Russland.

Die Gesamtausfuhr der deutschen Klavierindustrie ist von 76 463 Stück im Jahre 1913 auf 3 395 Stück im Jahre 1932 zurückgegangen. Damit scheint die Ausfuhr ihren tiefsten Stand indessen noch nicht erreicht zu haben; denn aus mehreren Ländern wird über neue Zollerhöhungen für Musikinstrumente berichtet. Sie sind zum Teil als Schutz der heimischen Klavierindustrie gedacht, zum Teil handelt es sich um Vergeltungsmassnahmen für deutsche Zollerhöhungen auf Waren, die diese Länder hauptsächlich nach Deutschland ausführen.

Der grosse Absturz der Klavierproduktion ist, wenn man von England absieht, erst mit der grossen Wirtschaftskrise eingetreten. Statt nun wenigstens etwas für die Belebung der Ausfuhr zu tun, wurde durch eine verfehlte Handelspolitik der Zusammenbruch der Klavierindustrie noch beschleunigt. Wir haben nun schon fast ein dreiviertel Jahr betont "nationale" Regierungen. Wir haben zur Zeit sogar eine "Regierung der nationalen Erhebung", nur von einer Erhebung und Belebung der Wirtschaft merkt man nichts. Auch am Elend der deutschen Klavierindustrie hat sich nichts geändert.

SPD. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

"In den krisenerschütterten Jahren der Nachkriegszeit hat sich das deutsche Berufsbeamtentum, allen Stürmen trotzend, als fester Pfeiler der staatlichen Ordnung bewährt. Immer und immer wieder ist von den verantwortlichen Männern in Reich und Ländern mit Dank und Anerkennung die geschichtliche Leistung des Beamtentums für den Wiederaufbau unseres schwer ringenden deutschen Vaterlandes gewürdigt worden. Erfüllt von unbedingter Verfassungs- und Pflichttreue und durchdrungen von echter Staatsgesinnung, hat das Beamtentum in treuer Hingabe an Volk und Reich als Diener der Gesamtheit den Gedanken einer von Recht und Gerechtigkeit getragenen Verwaltung gefestigt und so ein im Volke fest verankertes Fundament des Staates errichten helfen.

Die Wirnisse und Fluten der politischen Leidenschaften, die unser durch die grosse wirtschaftliche Not schwer geprüft Volk im tiefsten aufgewühlt haben, drohen nun auch dieses Fundament zu untergraben. Die beamtenpolitischen Massnahmen der letzten Wochen haben die verfassungsmässigen Grundlagen des Beamtentums und den Glauben weiter Kreise des deutschen Volkes an die Unparteilichkeit der Verwaltung erschüttert.

In grossem Umfange werden über den begrenzten Kreis der politischen Beamten hinaus auch sonstige Fachbeamte aus politischen Gründen ihres Amtes entsetzt und, bis in die Schichten der mittleren und unteren Beamten hinein, wegen Ausübung des verfassungsmässigen Rechtes der Freiheit der politischen Gesinnung und der Vereinigungsfreiheit in ihrer Existenz als Beamte bedroht.

Noch niederdrückender ist für die Beamten der Gewissenskonflikt, in den sie durch amtliche Massnahmen geraten, die sie zu unterschiedlicher Behandlung Deutscher, die alle vor dem Gesetze gleich sind, anhalten. Der Gedanke, sich dadurch mit dem Geiste der beschworenen Verfassung in Widerspruch zu setzen, ist für die Beamten seelisch unerträglich.

Es drängt uns daher, Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, als den berufenen Hüter der Verfassung zu bitten, darauf hinzuwirken, dass die besten Traditionen des deutschen Berufsbeamtentums nicht zerstört werden, damit durch das Schwinden des Rechtsbewusstseins in Volk und Beamtenschaft unser deutsches Vaterland nicht unermesslichen Schaden erleide."

SPD. Die Saarbahnen haben 250 Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur RGO entlassen. Eine Bstätigung in der Roten Gewerkschaftsopposition sei mit den Pflichten, die jeder Bedienstete mit dem Eintritt in den Dienst einer staatlichen Verwaltung übernehme, nicht vereinbar.

SPD. Für die deutsche Heringsfischerei wurde durch freie Vereinbarung der Tarifvertrag um ein Jahr verlängert. Die Motorlogger von 100 PS und darüber wurden in die Gruppe der Dampferlogger eingereiht.-

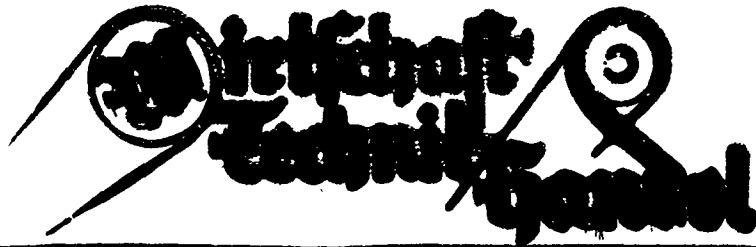
SPD. Der Kommunale Arbeitgeberverband für die Stadt Berlin hat den zwischen ihm und den Angestelltengewerkschaften bestehenden Tarif für städtische Angestellte zu Ende März gekündigt. Unter die Tarifikündigung fallen ungefähr 12 500 Angestellte. Davon waren 85% bereits vor dem 1. Oktober 1931 bei der Stadt angestellt. Nun ist der Arbeitgeberverband durch den Oberpräsidenten aufgefordert worden, für die Angestellten, die vor dem 1. Oktober 1931 bei der städtischen Verwaltung bereits angestellt waren und die gegenüber den nach diesem Termin neu angestellten Kräften einige Vergünstigungen hatten, die Voraussetzungen für eine durchgehende Gehaltskürzung zu schaffen. Daher die Kündigung. Wie verlautet, hat der Oberpräsident im Auftrag des Reichskommissars für Preussen gehandelt, und dieser hat auf Weisung des Reichsfinanzministers gehandelt.

Die städtischen Angestellten haben die Kündigung mit einmütigem Protest beantwortet. Nach der Auffassung der Gewerkschaften dürfte sich die Gehaltskürzung vor allem in den unteren Gruppen schmerzlich fühlbar machen; denn hier haben die verschiedenen Gehaltskürzungsverordnungen schon nicht mehr viel zum Leben übrig gelassen. Betroffen werden von dem neuen Gehaltsabbau vor allem das Büro- und das technische Personal sowie die Pfleger und Pflegerinnen in den Krankenhäusern.-

Wir haben eine neue Regierung, in der Lohn- und Gehaltsfrage aber geht es treu und brav im alten Gleis des Abbaus weiter.

SPD. Der ostoberschlesische Knappschaftsverein greift unter dem Druck seiner kritischen Finanzlage zu immer schärferen Sparmassnahmen. Zu Jahresbeginn waren bereits sämtliche Invaliden- und Witwenpensionen beträchtlich gekürzt worden; nun will man allen Pensionsempfängern, soweit diese ihre Beträge nicht nach Tarnowitz, d.h. an den Sitz des Knappschaftsvereins geleistet haben, die Bezüge ab 1. März völlig streichen oder die Höhe des Bezuges nach der Dauer der Beitragszahlung berechnen. Diese Massnahme würde in erster Linie die nach Ostoberschlesien zugewanderten Flüchtlinge treffen, die ihre Abgaben in Deutschland leisteten im pensionsberechtigten Alter nach Polen kamen und dort bisher ihre Renten auf Grund eines Abkommens des deutschen und polnischen Knappschaftsvereins bezogen.

Die Leitung der Knappschaft in Tarnowitz erklärt, die Unterhaltung dieser Flüchtlinge sei Pflicht der Warschauer Regierung. Da von Warschau nicht viel zu erwarten ist, herrscht unter den Flüchtlingen, die grösstenteils aus patriotischen Gründen in das an Polen gefallene Ostoberschlesien einwanderten, grosse Enttäuschung.



Hitler regiert!

60 Millionen Mark Mehrbelastung durch Schmalzzoll.

SPD. Unter der Unmasse von Zollsteigerungen und Zollerhöhungen, die das Kabinett Hitler vornahm, hat sich der Schmalzzoll am schnellsten und am empfindlichsten ausgewirkt. Fachkreise rechnen damit, dass infolge des von 12 auf 50 Mark erhöhten Schmalzzolles der Preis für das Pfund ausländisches Schmalz um rund 20 Pfennige steigen wird. Wir haben beim Schmalz mit einer Verteuerung zu rechnen, die besonders unsozial ist, da das ausländische Schmalz in Deutschland von der armen Bevölkerung gegessen werden muss, weil das deutsche, das inländische Schmalz bei weitem teurer ist als das ausländische. Der Verbrauch an Schmalz beträgt in Deutschland pro Jahr 210 000 Tonnen, wovon das Inland etwa 110 000 Tonnen produzieren kann. Der Rest muss aus dem Ausland besonders aus Amerika eingeführt werden. Ausländisches Schmalz wird vor allem in Berlin, im Ruhrgebiet und im sächsischen Erzgebirge verkonsumiert, also in Gebieten, die seit Jahr und Tag als Notstandsgebiete angesprochen werden müssen. Das Bedenkliche ist, dass die arme Bevölkerung auch von den weiteren Zollerhöhungen der Regierung Hitler stark betroffen werden. So wird z.B. sich der erhöhte Zoll auf Seefische, gefrorene Fische und Sprotten bald verteuernd auswirken. Schon jetzt sind an den Hauptverbrauchsplätzen die Preise für gefrorene Fische stark gestiegen.

Die Regierung hat, angeblich im Interesse des Bauern, die Zölle erhöht. Dass dem Bauer dadurch geholfen worden ist, lässt sich nicht feststellen. Zahlenmässig nachweisen lässt sich aber wohl, dass den breiten Schichten in Deutschland der Lebensunterhalt stark verteuert wird. Der Hungerriemen muss abermals enger geschnallt werden. Fett, selbst in der billigeren Qualität wie das Auslandsschmalz, wird in Deutschland bald Luxus sein.

Als man den Schmalzzoll erhöhte, beschwichtigte man die Massen mit dem Versprechen, der erhöhte Zoll würde den Kleinhandelspreis garnicht oder nur wenig steigern. Heute können wir an Hand von Preislisten nachweisen, wie es um diese Beschwichtigungsversuche bestellt ist. Auf den Fettmärkten vollzog sich seit der Schmalzzollerhöhung folgende Entwicklung:

Vor der Schmalzzollerhöhung Nach der Schmalzzollerhöhung.
(Notierungen im Berliner Wirtschaftsgebiet)

Grosshandelspreis für Auslandsschmalz pro Doppelzentner	94 Mark	126 Mark
Kleinhandelspreis für deutsches Inlandsschmalz pro Pfund	44 - 46 Pfennig	56 - 60 Pfennig
Grosshandelspreis für deutsches Inlandsschmalz pro Doppelzentner	104 Mark	116 Mark
Kleinhandelspreis für deutsches Inlandsschmalz pro Pfund	85 Pfennig	85 Pfennig.

Die Vergleichung ergibt eine starke Steigerung des Preises für ausländisches Schmalz. Man muss aber berücksichtigen, dass der Zoll erst seit weni-

gen Tagen in Kraft ist und sich noch nicht voll ausgewirkt hat. An einzelnen Verbrauchsplätzen beträgt aber die Verteuerung jetzt schon 20 Pfennig pro Pfund. Mit der Verknappung der Bestände und Abwanderung der Bevölkerung vom besseren zum schlechteren Fett, muss man damit rechnen, dass es auch bei einer Verteuerung von 20 Pfennig pro Pfund nicht bleiben wird. Nehmen wir nun eine fünfköpfige Familie an, die im Monat 6 Pfund ausländisches Schmalz verbraucht, so beträgt die Mehrbelastung infolge des Hitlerschen Schmalzzolls pro Monat 1,20 Mark. Was diese 1,20 Mark für einen Arbeitslosen oder einen Kurzarbeiter bedeuten, scheint man sich in den Kreisen, die auf derartige Zollerhöhungen hin-drängen, noch nicht genügend klar gemacht zu haben. Das Schlimmste ist aber, dass in der Serie der Zollerhöhungen, die die Regierung Hitler bereits vorge-nommen hat oder vornehmen wird, eins zum andern kommt: zu der Papenschen Salzsteuer tritt der Schmalzzoll, zu dem übersteuerten Zuckerpreis die Fisch-verteuerung und zuguterletzt, womit man nach Lage der Dinge leider rechnen muss, eine Mehl- und Brotverteuerung.

Wenn man davon ausgeht, dass bei einem Schmalzverbrauch in Deutschland in Höhe von 210 000 Tonnen rund 100 000 Tonnen vom Ausland her eingeführt werden, macht die Schmalzzollerhöhung pro Jahr bei inländischem Schmalz eine Verteue-rung um 18 Millionen und bei dem ausländischen Schmalz eine Verteuerung von 42 Millionen Mark aus. Betroffen werden also in erster Linie die Kreise, die kein Geld haben, das teure inländische Schmalz zu kaufen und die sich mit dem billigeren ausländischen Schmalz begnügen müssen. Insgesamt dürfte die neue Belastung für Schmalz, die wir der Regierung Hitler zu danken haben, rund 60 Millionen Mark pro Jahr ausmachen. Was bedeutet dagegen die Rentenmilde-rung um 27 Millionen Mark? Sie wird doppelt und dreifach ausgeglichen allein durch die Schmalzverteuerung, ganz zu schweigen von der Verteuerung anderer Nahrungsmittel.

SPD. Vom Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern e.V., Berlin SW.48, Encke-str.6, wird uns geschrieben:

"Genau so wie die Industrie auf die Landwirtschaft angewiesen ist, die ihr Maschinen, Geräte, Kleidung und Kunstdünger abnimmt, genau so ist die Land-wirtschaft von der Industrie abhängig, weil diese das einzige Absatzfeld für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse darstellt. Eine vernünftige Handelspoli-tik muss daher in erster Linie darauf bedacht sein, die landwirtschaftlichen Produkte nicht durch Zollmassnahmen derart zu verteuern, dass die städtischen Verbraucher die einheimischen Erzeugnisse nicht mehr kaufen können.

Vor dieser Katastrophe stehen wir aber in Deutschland, sobald sich die neuen Zollgesetze des Kabinetts Hitler auswirken werden. Da das deutsche Volkseinkommen insgesamt um 30 % gesunken ist, das Einkommen der Arbeiter-schaft aber um nahezu 45 % sank, so können neue Zölle auf Agrarprodukte heu-te nur noch den "Erfolg" haben, dass die Verbraucher sich immer mehr den bil-ligsten und im Nährwert geringsten landwirtschaftlichen Erzeugnissen zuwenden. Kartoffeln und trockenes Brot werden also in Zukunft die Hauptnahrung der breiten Volksmassen bilden. Der Klein- und Mittelbauer aber, der Siedler, der Kleinpächter und der Gärtner, sie alle werden erst recht keinen Absatz für ihre künstlich im Preise erhöhten Produkte haben. Eier und Fleisch, Gemüse und Obst, Butter und Schmalz, Käse und Milch werden unverkäuflich. Die Not der bäuerlichen Erzeuger wird damit ebenso gesteigert, wie das Elend der hungern-den und frierenden Grosstadtproletarier. Bedankt Euch dafür Ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes in Land und Stadt bei den Vertretern des Gross-grundbesitzes. Sie sind es, die durch ihre Zollpolitik zwar nicht den Bauern aber den Junkern und Grossgrundbesitzern helfen wollen! Sie sind es, die die

Verantwortung für den unerhörten Osthilfeskanal tragen, durch den der ostelbische Adel Millionen und Abermillionen erhielt, während die Kleinbauern, Siedler und Kleinpächter leer ausgingen! Sie sind es, die jede gesunde Siedlungsmöglichkeit im Osten Deutschlands unterbinden und somit den Landarbeitern, den Handwerkern, den zweiten und dritten Bauernsöhnen das Recht auf den Boden vorenthalten! Sie sind es, die als Nutzniesser des Bodenmonopols aus Familiengütern und Riesenlatifunden ein arbeitsloses Renteneinkommen beziehen, aber den Kleinpächtern hohe Pachten abnehmen, um sie durch diesen Druck untertänig und willfährig zu machen!

Deutsches Landvolk! 14 Jahre nach der Umwälzung in Deutschland steht auch Du wieder vor der Frage: Freiheit oder Untergang! Die Wahl wird Dir nicht schwer fallen. Arbeiternot ist Bauerntod! Entweder mit der Reaktion in den Abgrund oder mit der einzigen Vorkämpferin für wahre Volksrechte, für Lebensmöglichkeiten in Stadt und Land, für Freiheit, Frieden und Brot in eine bessere Zukunft!

Darum entscheide Dich für Liste 2, Sozialdemokraten!

SPD. Nach Mitteilungen der Mittelstandspressen "ist leider im Augenblick mit einer Aufhebung der Schlachtsteuer nicht zu rechnen". Eine Aufhebung sei u.a. aus dem Grunde nicht möglich, "weil das Reich die Länder für den Ausfall der Steuer irgendwie entschädigen müsse". Besonders die nationalsozialistisch regierten Länder haben sich gegen die Aufhebung der Schlachtsteuer gewehrt. Im übrigen erfährt man, dass auch eine Vereinheitlichung der Sätze nicht geplant sei.

Die Tatsache, dass das Kabinett Hitler die Fleischsteuer (Schlachtsteuer) nicht ändert bzw. aufhebt, wird weite Kreise enttäuschen. Unter der Schlachtsteuer leiden gleicherweise Konsumenten, Fleischer und Landwirte.

Es muss bei dieser Gelegenheit eine kleine Erinnerung aufgefrischt werden. Als die Schlachtsteuer z.B. in Preussen eingeführt werden musste, unter dem Druck der damaligen Papen-Regierung und unter der Drohung, einen Reichskommissar in Preussen einzusetzen, gab es überall, besonders aber im Fleischergewerbe, grosse Aufregung. So wurde, um die Aufhebung der Fleischsteuer zu erzwingen, der Verkaufstreik propagiert. Überall traten die bekannten nationalen Kämpen auf, die mit grosser Lungenkraft ihre Anklagereden gegen die rote Regierung in Preussen führten. Heute hört man von diesen Schreibern im braunen Gewand nichts mehr.

SPD. Die Ausleihungen der Reichsbank haben sich in der dritten Februarwoche um rund 41 Millionen auf 2 754,2 Millionen Mark gesenkt. Damit ist der Stand der Ausleihungen bei der Reichsbank in der dritten Januarwoche um rund 10 Millionen Mark unterschritten. Von dem Rückgang in der dritten Februarwoche entfallen 26,3 Millionen Mark auf den Wechselkredit. Bei der Währungsreserve liegt eine geringe Erhöhung auf 920,8 Millionen Mark vor. Die Deckung der Noten betrug 29,6 % gegen 28,9 % der Vorwoche und 29,3 % am Ende der dritten Januarwoche,

Schlechtes Mehlgeschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 25. Februar)

SPD. Roggenmehl konnte am Sonnabend seine Preissteigerung fortsetzen. Jedoch hielten sich die Umsätze in Grenzen. Die ganze Situation zeigte, dass man der darniederliegenden Kaufkraft unmöglich höhere Preise zumuten kann. Am Promptmarkt blieben Weizen- und Roggennotierungen unverändert, während am Lieferungsmarkt die Notierungen abbröckelten. Im grossen und ganzen war ein Stimmungsumschwung festzustellen, der wohl damit zusammenhängen dürfte, dass die Exportscheine infolge der Ankündigung von Erleichterungen für den Export von Mehl und Müllereierzeugnissen im Preis nachliessen. Damit war der spekulativen Stimmung in den Vortagen die Hauptstütze genommen. Die Börse schloss abgeschwächt.

	<u>24. Febr.</u>	<u>25. Febr.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	198 - 200	198 - 200
Roggen	154 - 156	154 - 156
Braugerste	172 - 180	172 - 180
Futter- und Industrierogerste	163 - 171	163 - 171
Hafer	125 - 128	125 - 128
Weizenmehl	23,50 - 27,00	23,50 - 27,00
Roggenmehl	20,75 - 22,75	20,85 - 22,75
Weizenkleie	8,60 - 8,85	8,60 - 8,90
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00
Handelsrechtliche Lieferungs geschäfte: Weizen März 213 $\frac{3}{4}$ - 213 (214 $\frac{1}{2}$),		
Mai 215 $\frac{1}{2}$ - 215 (216 $\frac{1}{2}$), Roggen März 169 - 168 $\frac{1}{2}$ (170 $\frac{1}{4}$), Mai 171 - 170 $\frac{1}{2}$ (172),		
Hafer März - bis 132 $\frac{3}{4}$ (134 $\frac{1}{2}$), Mai 137 $\frac{1}{4}$ - 137 (138 $\frac{3}{4}$).		

Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision). Weisskohl 50 kg 2,50 - 3,50, Wirsingkohl 5,50 - 10, Rotkohl 4 - 6, Rosenkohl Ia 20 - 24, Grünkohl Ia 6 - 8, Mohrrüben gewaschen 3,75 - 4,50, Rübchen 4 - 6, Karotten 10 - 15, Kohlrüben 2 - 3, Rote Rüben 3 - 4, Schwarzwurzeln Ia 20 - 24, Rettiche je nach Grösse Schock 3,50 - 5, Radieschen Dresdner Schockbd. 8 - 9, Meerrettich 50 kg 20 - 25, Sellerie je nach Grösse 5 - 10, Poree Schock 1 - 1,50, Petersilie grün je nach Bd.-Gr. 100 Bd. 2,50 - 10, do. mit Wurzel Ia n.Qual. 50 kg 4 - 8, Salat Rapunzel 60 - 80, Spinat 15 - 20, Edel-Champignons weiss Ia 100 - 110, Zwiebeln sortiert grosse 4,50 - 5,50, do. unsortiert 4,25 - 5.

SPD. Der Grosshandelsindex hat sich in der dritten Februarwoche um 0,5 Prozent, von 91,2 auf 91,7 gesteigert. Beim Agrarindex liegt eine Steigerung um 2,2 % vor.

zwischen der Version "Haut alle Andern!" und "Flucht in die Vergangenheit" der Phantasie allzu grosser Spielraum gelassen wird. Ausserdem ist es eine amtlich anerkannte Fremdwörterei, und die ist schon darum berechtigt, weil sich die Regierung ihrer zu ihrer eigenen deutlichen Kennzeichnung bedient. Wenn der Rundfunk etwa beginnen sollte, auch diese beiden Worte zu übersetzen, müsste man ihn verbieten.

Man sieht, durch die Verdeutschungspläne tauchen neue schwierige Fragen auf. Die kann wohl nur noch ein Sonderkommissar (als neuer Mann auf neuem Posten im Rahmen des Sparprogramms) lösen.

Peter Bissig.

Reden.^x

Im Anfang war das Wort - so steht's geschrieben.
Jedoch am Ende steht die Tat.
Der Redekaiser ging, der Kanzler ist geblieben,
und auch das Reden blieb von früh bis spät!

Der Kanzler spricht in Weimar und in München,
der Rundfunk trägt sein Wort in Dorf und Stadt -
gar mancher muss mit Worten übertünchen,
dass er in Wahrheit nichts zu sagen hat!

Mit Reden kann man keine Krise töten.
Reden am Laufband hilft aus keinen Nöten.
Herr Kanzler, weiss Er keinen bessern Rat?
Für Reden kann man hierzuland nichts kriegen,
mit Reden kann man uns nicht mehr betrügen!
Vom Reden wird kein Mensch in Deutschland satt!

Karl Heilbut.

SPD. Der Dichter ohne Echo.^x Der Schauspieler Karl Schultes, der auch als Schriftsteller hervorgetreten ist, berichtet in seinen Erinnerungen über eine merkwürdige Begegnung, die er mit dem Dichter Wilhelm Raabe gehabt hat. Raabe zog Anfang 1870 nach der Salzdahlumerstrasse 3 in Braunschweig. Schultes wohnte bereits in diesem Hause und machte dem neuen Mieter alsbald einen Besuch. Der Dichter empfing ihn sehr kühl. Und als Schultes bemerkte, die "Chronik der Sperlingsgasse", "Ein Frühling" und "Der Hungerpastor" seien seine Lieblingsbücher und er lese sie immer wieder, da zuckte Raabe die Achseln. Er hielt Schultes's Begeisterung für Theatermache. Das ging dem Schauspieler schliesslich denn doch über die Hutschnur. Er sprang auf, lief in seine Wohnung und holte die sichtlich zerlesenen Exemplare der genannten Werke. Raabe betrachtete die Bücher, schmunzelte, bot dem gekränkten Mimen eine Zigarre und sagte dann zu seiner Frau: "Wahrhaftig, Bertha, das ist ein von den deutschen Narren, die nicht nur selbst Bücher schreiben, sondern sich auch welche kaufen, die andere geschrieben haben!"

SPD. Nur die Geschichte der freien Völker verdient Aufmerksamkeit. Die Geschichte der dem Despotismus unterworfenen Völker ist nur eine Anekdotensammlung.
Chamfort.